

F. Gregory Gause III.:

Can Democracy Stop Terrorism?

Foreign Affairs, Jg. 84, Heft 5 (September/Oktober 2005), S. 62–76

F. Gregory Gause III., Professor für Politikwissenschaften an der Universität von Vermont sowie Experte für den Nahen und Mittleren Osten, stellt eine der wesentlichen Leitlinien der amerikanischen und europäischen Außenpolitik vehement in Frage: Die Annahme, dass die Verbreitung von Demokratie zu einem Verschwinden des Internationalen Terrorismus führt. Er reiht sich damit in die immer länger werdende Liste quantitativer Krisenforscher ein, die das Konzept des demokratischen Friedens als irrige, wenn nicht gar ideologische Hypothese kritisieren.

Bruce Bueno de Mesquita, Christopher Layne, James D. Morrow und andere konzentrierten sich in ihren Arbeiten hauptsächlich auf zwischenstaatliche Konflikte – mit dem Ergebnis, dass die Demokratisierung von Staaten alleine nicht ausreichen wird, um den Krieg als Ausdrucksform der staatlichen Beziehungen zu eliminieren.

Gause geht nun einen ähnlichen Weg, jedoch analysiert er die Auswirkungen von Demokratisierungsprozessen auf nationale und internationale Erscheinungsformen des Terrorismus. Er arbeitet in erster Linie mit empirischen Methoden, was bei der unvollständigen Verfügbarkeit von Daten über terroristische Organisationen ein Problem ist, wie Gause selbst betont. Dennoch reiche die zugängliche Information aus, um festzustellen, dass Terrorismus von anderen Faktoren abhängt als von der Existenz autoritärer Regime.

Im Gegenteil, so manche von Gause ausgewertete Studie gibt Grund zur Annahme, dass Demokratien wesentlich anfälliger für terroristische Aktivitäten sind als autoritär regierte Staaten. Interessant ist diese Feststellung vor allem deshalb, weil Demokratien nicht nur Zielländer, sondern im selben Ausmaß auch Ursprungsländer des Terrorismus sind.

Die Entstehung von terroristischen Organisationen in Europa zwischen 1970 und 1980 (Italien: Rote Brigaden; Vereinigtes Königreich: IRA; Deutschland: RAF) und

auch die Tatsache, dass in Indien, der größten Demokratie der Welt, mehr Attentate stattfanden (1976–2004: 400) als in China, dem größten autoritären Staat der Welt (1976–2004: 18), unterstützen diese Annahme. Die Entwicklung der ETA in Spanien, der Mafia in Italien und der organisierten Kriminalität in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion (sofern man diese als terroristische Organisationen bezeichnen kann) seit dem Ende der autoritären Regime in diesen Ländern lässt durchaus den Schluss zu, dass autoritäre Systeme terroristische Organisationen wesentlich stärker hemmen als die liberalen Demokratien westlicher Prägung. Auch die jüngsten Terroranschläge auf Londoner Verkehrsmittel weisen in diese Richtung, wenn man bedenkt, dass zumindest drei der Selbstmordattentäter im demokratischen Vereinigten Königreich geboren und aufgewachsen sind.

Gause liegt wahrscheinlich richtig wenn er schreibt: „There is no reason to believe that a more democratic (Arab) world will, simply by virtue of being more democratic, generate fewer terrorists.“ Einer der Gründe dafür ist, dass die meisten Terrororganisationen nicht für Demokratie kämpfen. Der Terrorismus im muslimischen Raum, auf den sich Gause in erster Linie konzentriert, kämpft für eine Form des Kalifats und nicht für eine weltoffene Demokratie. Die Al-Qaeda würde wohl kaum ihren Kampf einstellen, wenn sich der arabische Raum demokratisieren würde. Die Wahlen im Irak, aber auch lokale Wahlen in anderen arabischen Staaten weisen eine enorme Wahlbeteiligung auf, aber sie bewirken praktisch keinen Rückgang terroristischer Aktivitäten. Die terroristische Organisation selbst ist ja keine Massenbewegung nach demokratischen Prinzipien, sondern ein kleiner, im Geheimen operierender Kreis, der sich meist um einen charismatischen Führer gruppiert. Und selbst wenn sich ehemalige Terroristen auf den Demokratisierungsprozess einlassen, ist damit noch nicht garantiert, dass die Ergebnisse den Wünschen Europas und der USA entsprechen.

Gause betont, dass neben den Methoden auch die Ziele von Terrororganisationen entscheidend sind. Die Ablehnung des Westens und insbesondere der USA ist nicht nur der Al-Qaeda vorbehalten, sondern generell in der arabischen Welt tief verwurzelt. Die Zusammenarbeit der USA mit Staaten wie Ägypten, Pakistan und

Saudi-Arabien könnte wahrscheinlich in der heutigen Form nicht stattfinden, wenn die genannten Länder demokratisch gewählte Regierungen besitzen würden. Mit Ausnahme islamistischer Ideologen lehnt die arabische Bevölkerung nicht die Demokratie an sich ab, sondern die Politik des Westens, die als einseitig proisraelisch, Öl-fixiert und gegen den Islam gerichtet empfunden wird. Bei freien Wahlen würden diese Einstellungen wahrscheinlich wesentlich stärker Ausdruck finden als bisher, und es wäre vielen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens nicht möglich, auf gleiche Art und Weise wie bisher mit Amerika und Europa zusammenzuarbeiten.

Ein weiteres Problem ist, dass freie Wahlen in der aktuellen politischen Situation in erster Linie die Islamisten stärken würden. Die Wahlergebnisse auf nationaler und lokaler Ebene in Marokko (42 von 325 Sitzen), Bahrain (19 von 40 Sitzen, wobei manche Beobachter sogar von 21 Sitzen sprechen, abhängig davon, wie unabhängige Kandidaten beurteilt wurden), Jemen (46 von 301 Sitzen), Kuwait (17 von 50 Sitzen) und Jordanien, wo trotz eines geänderten Wahlrechtes die politische Partei der Muslimbruderschaft die stärkste Opposition stellt, bekräftigen diese Vermutung. Die Demokratisierung des arabischen Raumes würde gegenwärtig wahrscheinlich zu einer verstärkten Islamisierung und nicht zu einer Verwestlichung führen. Und selbst wenn regierende islamistische Parteien die Spielregeln einer modernen Demokratie befolgen würden, so ist kaum davon auszugehen, dass diese die Politik der USA in der Region stützen würden. Gause übertreibt nicht, wenn er feststellt, dass Demokratie im Nahen Osten die Zusammenarbeit mit den Staaten der arabischen Welt mehr erschweren als erleichtern würde. Denn im Gegensatz zu terroristischen Organisationen könnte sich die anti-amerikanische Politik einer gewählten Regierung auf die Unterstützung der Bevölkerung verlassen.

Gause schließt seinen Aufsatz mit einigen Empfehlungen, die in der zukünftigen Außenpolitik des Westens eine größere Beachtung verdienen. Gause erkennt völlig richtig, dass die Demokratie noch keinen Wert an

sich darstellt, der den Terrorismus oder den Anti-Amerikanismus effektiv bekämpfen kann. Entscheidend wäre viel mehr, bereits vor dem Druck zur Demokratisierung jene Gruppen innerhalb der betroffenen Staaten zu stärken, die im Falle von Wahlen auch eine auf Kooperation und Zusammenarbeit ausgerichtete Politik betreiben würden. Diese Unterstützung sollte auch in jenen autoritären Staaten stattfinden, die bisher mit den USA zusammenarbeiten. Man sollte der Versuchung widerstehen, die Länder des Nahen Ostens mit jenen Lateinamerikas oder Osteuropas zu vergleichen. Das große Alternativkonzept zur liberalen Demokratie, der Kommunismus, stellte sich als nicht anwendbar heraus. In der arabischen Welt besteht aber unter dem Motto „Islam is the Solution“ noch ein anderer Gegenpol zur Demokratie. Die Gefahr, dass eine Demokratisierung zum jetzigen Zeitpunkt nur Islamisten legal an die Macht bringt, die die Demokratie bei der ersten Gelegenheit wieder abschaffen würden, kann gar nicht genug betont werden. Im Europa der Zwischenkriegszeit fand diese Entwicklung statt, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in beinahe allen Staaten, die im Faschismus endeten. Bevor man Demokratisierung von Außen vorantreibt, sollte man genau analysieren wer von dieser im Endeffekt profitieren würde. So wird auch im Falle einer gelungenen Demokratisierung des Irak der Nutzen nicht nur auf Seiten des Westens stehen, sondern auch der Iran wird vom erhöhten Einfluss der Schiiten in der Region profitieren.

Der im Westen vorherrschende Glaube an die Demokratie als Allheilmittel in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen erweist sich im Sinne dieses Beitrags als gefährlich naiv. Eine mehr auf politischer Ideologie als auf gesicherten Fakten basierende Außenpolitik wird weder den USA noch Europa ermöglichen, die Probleme des Internationalen Terrorismus und der Spannungen mit der arabischen Welt unter Kontrolle zu bekommen.

Ralph Gert Schöllhammer